

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit über den Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert werden kann, Verhandlungen mit den europäischen Partnern, der G20, der OECD und den Vereinten Nationen aufzunehmen, um die Grundlagen für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer zu legen.
2. Sofern keine Einigung erzielt werden kann, soll die Bundesregierung über den Bundesrat aufgefordert werden, sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer innerhalb der Europäischen Union einzusetzen.
3. Parallel zu den internationalen Verhandlungen, soll über den Bundesrat daraufhin gewirkt werden, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine nationale Transaktionssteuer auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierumsätze, Derivate- und Devisenumsätze in Deutschland geschaffen werden.

Begründung:

Seit Herbst 2008 haben sich die internationale Finanzmarktkrise – bedingt durch eine rasante Expansion der Finanzmärkte – sowie ein weltweiter Konjunkturabschwung gegenseitig verstärkt und zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise geführt. Die Finanzmarktkrise konnte dadurch entstehen, dass es an einem funktionierenden Ordnungsrahmen für die globalisierte Finanzwirtschaft mangelte. Maßlose Spekulationen, die zunehmende Komplexität der Finanzprodukte und die Geschwindigkeit, mit der Finanztransaktionen abgewickelt werden, sind zu einer Bedrohung der ökonomischen und finanziellen Stabilität von Volkswirtschaften geworden.

Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann die Aufblähung und Verselbstständigung der Finanzmärkte wirksam entgegnet werden.

Die Profitabilität und damit die Attraktivität kurzfristiger, häufig spekulativer Finanzgeschäfte wird gemindert. Darüber hinaus können mit einer Finanztransaktionssteuer zusätzliche öffentliche Einnahmen generiert werden. Diese Einnahmequelle wird von einer Vielzahl von Staaten schon heute erhoben. Dazu gehören neben Belgien, Irland, Griechenland, die Schweiz auch Großbritannien. Während in Deutschland 1991 die Börsenumsatzsteuer abgeschafft worden ist, nimmt Großbritannien seit 2000 im Durchschnitt rund 3 Mrd. Euro pro Jahr ein.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE